

UNABHÄNGIGE WISSENSCHAFTLICHE KOMMISSION  
BEIM BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ  
ZUR AUFARBEITUNG DER NS-VERGANGENHEIT

---

**Pressemitteilung**

19. April 2012

Symposium

**„Die Rosenberg – Das Bundesministerium der Justiz  
und sein Umgang mit der NS-Vergangenheit“**

am Donnerstag, 26. April 2012, im Kammergericht Berlin, Plenarsitzungssaal  
Elßholzstraße 30-33, 10781 Berlin-Schöneberg

Am 26. April 2012 veranstaltet die Unabhängige Wissenschaftliche Kommission beim Bundesministerium der Justiz zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ein ganztägiges Symposium zum Thema „Die Rosenberg – Das Bundesministerium der Justiz und sein Umgang mit der NS-Vergangenheit“. Das Symposium soll eine Bestandsaufnahme der bisherigen Forschungen zur deutschen Justiz im Übergang vom „Dritten Reich“ zur Bundesrepublik Deutschland bieten. Bereits bekannte Ergebnisse werden dabei zusammengetragen und zur bislang wenig erforschten Tätigkeit des BMJ in den 1950er und 1960er Jahren in Beziehung gesetzt.

Die Rosenberg war erster Amtssitz des BMJ in Bonn von 1949 bis 1973. Diese Spanne markiert zugleich den Zeitraum, der von der Unabhängigen Wissenschaftlichen Kommission erforscht wird, die am 11. Januar 2012 von Bundesjustizministerin Sabine Leutheuser-Schnarrenberger eingerichtet wurde. Die Kommission, die von Prof. Dr. Manfred Görtemaker, Historiker an der Universität Potsdam, und Prof. Dr. Christoph Safferling, Rechtswissenschaftler an der Universität Marburg, geleitet wird, untersucht die personelle und sachliche Entwicklung im BMJ und dessen Geschäftsbereich nach 1949 mit Blick auf die NS-Vergangenheit. Als Ausgangspunkt dient der im Nürnberger Juristenprozess entwickelte Maßstab für das Verhalten von Ministerialbeamten, Richtern und Staatsanwälten. Dabei geht es nicht nur um die Einstellung von Juristen in den Dienst des BMJ, die in diesem Sinne als schwer belastet gelten mussten, sondern auch um die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Unrecht der NS-Justiz, die Strafverfolgung von NS-Tätern und die Bereinigung der Gesetze von nationalsozialistischer Ideologie.

Das Symposium wird von Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger und der Präsidentin des Kammergerichts, Monika Nöhre, eröffnet. Den einleitenden Vortrag hält Prof. Dr. Ulrich Herbert (Freiburg). Sein Thema: „Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in Deutschland nach 1945 unter besonderer Berücksichtigung des Justizbereichs“. Anschließend spricht Prof. Dr. Joachim Rückert (Frankfurt am Main) über „Mitläufer, Weiterläufer und andere Läufer im Bundesministerium der Justiz nach 1949“. Weitere Referenten sind Prof. Dr. Bernd Rüthers (Konstanz) mit einem Vortrag über „Die Gesetzgebung vom ‚Dritten Reich‘ zur Bundesrepublik“ sowie Prof. Dr. Dieter Schwab (Regensburg), der die „Entwicklungen im Familienrecht vor und nach 1945“ beleuchtet. Der ehemalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Winfried Hassemer (Frankfurt am Main) behandelt das Thema „Verfolgung, Amnestie und Verjährung im Strafrecht“. Prof. Dr. Thomas Vormbaum (Hagen) untersucht die „strafrechtliche Aufarbeitung“ der nationalsozialistischen Justizverbrechen in der Nachkriegszeit. Den Abschluss bildet Prof. Dr. Horst Dreier (Würzburg) mit einem Vortrag über „Das Bundesministerium der Justiz und die Verfassungsentwicklung in der frühen Bundesrepublik“.

Das Symposium wird beendet mit einer Podiumsdiskussion, die von Prof. Dr. Michael Stolleis vom Frankfurter Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte moderiert wird. Teilnehmer sind der Bundesminister a.D. Dr. Klaus Kinkel, die ehemalige Hamburger und Berliner Justizsenatorin Lore Maria Peschel-Gutzeit, der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, der Historiker Prof. Dr. Norbert Frei (Jena) und die SPIEGEL-Journalistin Gisela Friedrichsen.

\*

Die Veranstaltung beginnt am 26. April 2012 um 11.00 Uhr und dauert voraussichtlich bis etwa 21.00 Uhr. Für weitergehende Informationen und Fragen der Akkreditierung steht Dr. Albrecht Kirschner von der Geschäftsstelle der Kommission zur Verfügung (E-Mail: uwkbnmj@staff.uni-marburg.de).